



PRESSE-INFORMATION

Mehrheit der Deutschen gegen Industriestrompreis

Hamburg, 07. September 2023 – Die Politik diskutiert zurzeit die Einführung eines zeitlich befristeten, reduzierten Industriestrompreises unterhalb des normalen Marktpreises. Dabei soll der Staat mit Hilfe von Steuergeldern einen Teil der Stromkosten für energieintensive Unternehmen übernehmen. Eine Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos zeigt nun, dass eine knappe Mehrheit der Deutschen (51%) gegen die Einführung eines solchen Industriestrompreises ist. Der größte Anteil von 31 Prozent ist der Meinung, dass der Staat das Geld stattdessen in erneuerbare Energien investieren sollte, damit die Marktpreise langfristig sinken. Jeder Fünfte (20%) lehnt eine staatliche Förderung der Stromkosten von Unternehmen grundsätzlich ab.

Nur 36 Prozent der Befragten würden die Einführung eines Industriestrompreises begrüßen. Allerdings spricht sich unter den Befürwortern der Großteil (23%) für eine Förderung aller Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, Branche und regionalen oder internationalen Ausrichtung aus. Lediglich 13 Prozent unterstützen den Vorschlag von Wirtschaftsminister Robert Habeck, wonach sich die Förderung auf energieintensive Unternehmen beschränken würde, die im internationalen Wettbewerb stehen.

Größte Ablehnung bei Grünen und Linken

Am kritischsten wird der Industriestrompreis von der Wählerschaft der Grünen gesehen. 61 Prozent der Grünen-Anhänger lehnen diesen ab, ein Großteil davon (48%) bevorzugt eine alternative Investition der staatlichen Gelder in erneuerbare Energien. Weitere 13 Prozent lehnen eine staatliche Förderung der Stromkosten von Unternehmen vollständig ab. Auch die Anhängerschaft der Linkspartei spricht sich mit 58 Prozent mehrheitlich gegen die Einführung eines Industriestrompreises aus. Ein Drittel der Linken-Wähler (35%) ist der Meinung, dass das Geld stattdessen in erneuerbare Energien investiert werden sollte, 23 Prozent sprechen sich komplett gegen eine staatliche Förderung aus.

Anders sieht es bei den Sympathisanten der AfD aus, die sich mit 53 Prozent zwar ebenfalls mehrheitlich gegen die Einführung des Industriestrompreises aussprechen, allerdings im Gegensatz zu Grünen- und Linken-Wählern nur zu 17 Prozent der Meinung sind, dass das Geld alternativ in erneuerbare Energien investiert werden sollte. Mehr als jeder dritte AfD-Anhänger (36%) ist der Ansicht, dass grundsätzlich kein staatliches Geld für die Förderung der Stromkosten von Unternehmen verwendet werden sollte.

Nur eine Minderheit der Grünen- (29%), Linken- (30%) und AfD-Wähler (39%) spricht sich für die Einführung eines Industriestrompreises aus.



PRESSE-INFORMATION

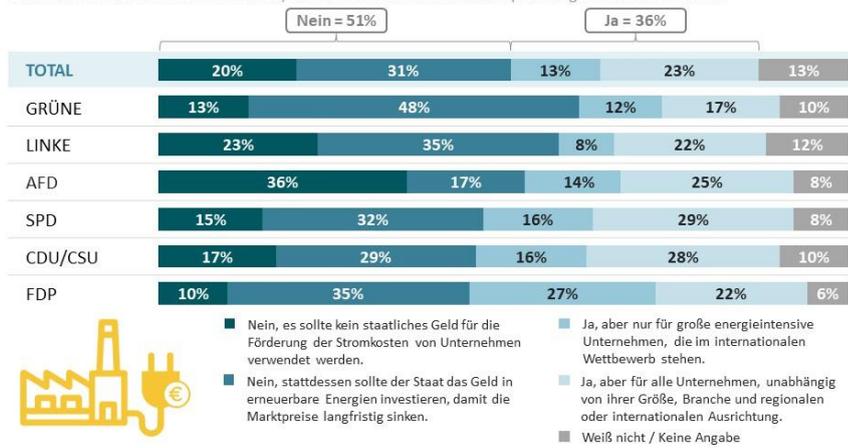
Mehr Zustimmung bei Anhängern von FDP, SPD und Union

Besser kommt der Industriestrompreis bei der Wählerschaft von FDP, SPD und Union an, die sich zu 49 (FDP), 45 (SPD) und 44 (CDU/CSU) Prozent für diesen Vorschlag aussprechen. Bemerkenswerterweise ist die FDP die einzige Partei, bei welcher der Anteil der Befürworter größer ist als der Anteil derjenigen, die den Industriestrompreis ablehnen (45%). Bei SPD- (47%) und Unions-Wählern (46%) ist die Ablehnung jeweils etwas größer als die Zustimmung.

Unter denjenigen Befragten, die die Einführung eines Industriestrompreises unterstützen, ist sowohl bei der SPD als auch bei der Union ein Großteil dafür, dass alle Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, Branche und regionalen oder internationalen Ausrichtung gefördert werden sollten. Nur 16 Prozent der SPD- und Unions-Anhänger sprechen sich für eine Förderung aus, die sich auf große energieintensive Unternehmen beschränkt, die im internationalen Wettbewerb stehen. Bei der Wählerschaft der FDP (27%) kommt die von Habeck vorgeschlagene Option deutlich besser an. Jeder fünfte FDP-Unterstützer (22%) präferiert eine staatliche Förderung aller Unternehmen ohne Einschränkungen.

Industriestrompreis: Uneinigkeit zwischen Parteispitzen und Wählerschaft

Die Politik diskutiert zurzeit die Einführung eines zeitlich befristeten, reduzierten Industriestrompreises unterhalb des normalen Marktpreises. Dabei soll der Staat mit Hilfe von Steuergeldern einen Teil der Stromkosten für energieintensive Unternehmen übernehmen. Finden Sie, dass ein solcher Industriestrompreis eingeführt werden sollte?



Methode: Quotierte Online-Befragung von 2.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Im Totalwert sind auch Personen berücksichtigt, die keine der gelisteten Parteien wählen würden. Feldzeit: 01.-03.09.2023.





PRESSE-INFORMATION

Dr. Robert Grimm, Leiter der Politik- und Sozialforschung bei Ipsos, stellt fest: „Die Daten spiegeln eine verkehrte Welt wider. Eigentlich sollten es die Unterstützer von SPD und Grünen sein, die sich für eine Subvention des Strompreises aussprechen. Der Ukrainekrieg und die Energiewende haben zu steigenden Energiekosten geführt. Zuschüsse für energieintensive Unternehmen wurden vom grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck vorgeschlagen bis ausreichend Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden kann, um den Bedarf der Industrie zu decken. Die SPD-Fraktion und Gewerkschaften machen sich ebenfalls für den Industriestrompreis stark, um die Konkurrenzfähigkeit von energieintensiven Wirtschaftszweigen, die im internationalen Wettbewerb stehen, zu gewährleisten und den Industriestandort Deutschland zu sichern. Aus dem FDP-geführten Finanzministerium hört man hingegen eine andere Stimme: Für Christian Lindner ist der Industriestrompreis ungerecht, da die Subventionen von Unternehmen nur auf Kosten der Steuerzahler umsetzbar sind. Außerdem bremsen dauerhafte staatliche Energiekostenhilfen aus Sicht der Liberalen Innovation. Fakt ist jedoch, dass gerade FDP-Anhänger eine Energiesubvention für Unternehmen befürworten, während Grünen-Wähler sie zugunsten von Investitionen in Innovation ablehnen und Sozialdemokraten unentschlossen sind. Wie es zu dieser Dissonanz zwischen Unterstützern und Parteispitzen kommen konnte, bleibt unklar. Eventuell liegt es an der mangelnden Kommunikation, womit sich dann auch fallende Umfragewerte begründen ließen.“

Gutverdiener offener für Industriestrompreis

Während weder das Alter noch der Wohnort einen nennenswerten Einfluss auf die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Industriestrompreis haben, wirkt sich das Einkommen zumindest leicht darauf aus. 43 Prozent der Gutverdiener mit einem Nettohaushaltseinkommen von mehr als 4.000 Euro im Monat würden die Einführung eines Industriestrompreises begrüßen. Personen mit mittlerem Einkommen (2.001 bis 4.000 Euro) und Geringverdiener (bis 2.000 Euro) befürworten den Industriestrompreis nur zu 35 bzw. 33 Prozent.

Methode

Quotierte Online-Befragung von 2.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde vom 01. bis 03. September 2023 durchgeführt.

Kontakt

Dr. Johannes Kaiser
Ipsos Politik- und Sozialforschung
Johannes.Kaiser@ipsos.com
Fon: +49 30 3030645 7250

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,
Manager Communications
E-Mail: gudrun.witt@ipsos.com
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS 



PRESSE-INFORMATION

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt. In Deutschland sind wir mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Unsere Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt.

Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).
ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | www.ipsos.com

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert

Fragebogen

Die Politik diskutiert zurzeit die Einführung eines zeitlich befristeten, reduzierten Industriestrompreises unterhalb des normalen Marktpreises. Dabei soll der Staat mit Hilfe von Steuergeldern einen Teil der Stromkosten für energieintensive Unternehmen übernehmen. Finden Sie, dass ein solcher Industriestrompreis eingeführt werden sollte?

- (1) Nein, es sollte kein staatliches Geld für die Förderung der Stromkosten von Unternehmen verwendet werden.
 - (2) Nein, stattdessen sollte der Staat das Geld in erneuerbare Energien investieren, damit die Marktpreise langfristig sinken.
 - (3) Ja, aber nur für große energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen.
 - (4) Ja, aber für alle Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, Branche und regionalen oder internationalen Ausrichtung.
- (98) Weiß nicht
(99) Keine Angabe

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,
Manager Communications
E-Mail: gudrun.witt@ipsos.com
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS 



PRESSE-INFORMATION

Angenommen, Sie würden teilnehmen, welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?
Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Bundestag entscheidet.

- (1) SPD
- (2) CDU
- (3) CSU
- (4) Bündnis 90/Die Grünen
- (5) FDP
- (6) AfD – Alternative für Deutschland
- (7) Die Linke
- (8) Andere Partei, und zwar _____
- (95) Würde ungültig wählen
- (96) Würde keine Zweitstimme abgeben
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe

Geben Sie bitte Ihr Geburtsdatum an.

Jahr: _____

Monat: _____

Wo wohnen Sie?

PLZ: _____

Wie hoch ist das GEMEINSAME monatliche NETTOEINKOMMEN (nach Steuern) IHRES HAUSHALTS, das von allen Mitgliedern des Haushalts verdient wird?

- (1) €0 - €500
- (2) €501-750
- (3) €751-1000
- (4) €1001-1250
- (5) €1251-1500
- (6) €1501-1750
- (7) €1751-2000
- (8) €2001-2500
- (9) €2501-3000
- (10) €3001-4000
- (11) €4001-5000
- (12) €5001-10,000
- (13) €10,001 und mehr
- (14) Keine Antwort

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,
Manager Communications
E-Mail: gudrun.witt@ipsos.com
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS 